Bremen

Leitplanken für Verwaltungs-KI

[20.08.2026] Der Bremer Senat hat jetzt eine KI-Strategie für die Verwaltung beschlossen. Sie soll den Einsatz der Technologie mit sieben Handlungsschwerpunkten und 39 Projekten verbindlich steuern, um Verfahren zu beschleunigen, Beschäftigte zu entlasten und die Datenhoheit zu sichern.

Der Bremer Senat hat eine Strategie für den Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung beschlossen. Sie soll einen verbindlichen Rahmen schaffen, Verwaltungsverfahren beschleunigen und Beschäftigte entlasten. Erarbeitet wurde sie von der Digitalisierungsabteilung beim Senator für Finanzen gemeinsam mit der Universität Bremen, dem Magistrat Bremerhaven und der Bürgerschaftskanzlei, teilte der Senat mit. Der Strategie ging eine Bestandsaufnahme voraus. Sie zeigte, dass Bremen bereits über zentrale Steuerungsstrukturen, etablierte IT-Basisdienste und Lösungen für das Dokumentenmanagement verfügt. Entwicklungsbedarf besteht dagegen bei der verbindlichen ressortübergreifenden Steuerung und der strategischen Datennutzung.

Breite Rückmeldung aus der Verwaltung

Auch die Verwaltung wurde breit einbezogen. „Für die Entwicklung der Strategie haben wir mit Hunderten Expertinnen und Experten vor Ort gearbeitet und zusätzlich Rückmeldungen von fast 4.000 Beschäftigten der bremischen Verwaltung ausgewertet“, sagte Björn Niehaves, fachlicher Begleiter der Strategie. Auf dieser Grundlage entstand das Leitbild der Strategie. Es knüpft den KI-Einsatz an rechtsstaatliche, demokratische und ethische Grundsätze und sieht diskriminierungsfreie Anwendungen vor. Zugleich soll die Verwaltung die Hoheit über ihre Daten behalten und einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern oder Technologien vermeiden.

Sieben Schwerpunkte, 39 Projekte

Die Handlungsschwerpunkte reichen von Daten und KI-Infrastruktur über eine verantwortungsvolle Steuerung und besser zugängliche Verwaltungsangebote bis zur Entlastung im Arbeitsalltag. Zu den geplanten Vorhaben gehören die organisatorischen und technischen Grundlagen für eine ressortübergreifende Datennutzung sowie ein Kompetenzzentrum für KI in der Verwaltung. Zudem sollen standardisierte Anträge automatisiert erfasst und formal vorgeprüft werden. Ein weiteres Projekt sieht vor, Baulücken systematisch zu identifizieren und mit relevanten Geodaten zu verknüpfen. „Selbstverständlich müssen die Beschäftigten bei den weiteren Schritten mitgenommen und umfassend für den Einsatz von KI qualifiziert werden“, betonte Finanzsenator Björn Fecker.

Erste KI-Anwendungen bereits im Einsatz

Die Strategie knüpft an erste Anwendungen in der bremischen Verwaltung an. Das KI-Assistenzsystem LLMoin unterstützt Beschäftigte bereits beim Erstellen von Texten, bei Recherchen und beim Bearbeiten von Anfragen. Nach Angaben des Senats haben dabei Datenschutz und IT-Sicherheit hohe Priorität. Auch die Wohngeldstelle nutzt KI bei Anträgen mit vielen Unterlagen. Künftig soll automatisch geprüft werden, ob ein Wohngeldantrag vollständig ist. In Entwicklung befindet sich außerdem ein KI-Assistent für das

Serviceportal Bremen. Er soll Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen helfen, passende Verwaltungsleistungen zu finden und sich über Voraussetzungen, erforderliche Unterlagen und Fristen zu informieren.

(sib)

Stichwörter: Politik, Bremen, künstliche Intelligenz